

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt seine Bereitschaft – zusätzlich zum üblichen Aufnahmeverfahren – speziell im Mittelmeer aus Seenot gerettete Menschen in Halle (Saale) aufzunehmen und sich gegenüber der Bundesregierung und im speziellen dem Bundesminister des Inneren, für Bau- und Heimat unter folgenden zwei Bedingungen dafür einzusetzen dies zu ermöglichen.

1. Die zustimmenden Stadträte der antragsstellenden Fraktionen werden diesen Prozess durch eine zweckbestimmte Einzahlung von 2,6 Millionen Euro als Sicherheitsleistung auf ein dafür geschaffenes städtisches Konto initiieren. Diese dienen der Finanzierung von 10 Jahren Unterbringung, Versorgung, Krankenversicherung, Haftpflichtversicherung und Bildung der ersten zwanzig aus Seenot geretteten Menschen.
2. Um die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, für den Fall entstehender Mehrkosten oder eines über 10 Jahre hinausgehenden Verbleibes dieser geretteten Menschen auszuschließen, werden die zustimmenden Mitglieder der antragstellenden Fraktionen vorab für jeden Geretteten eine rechtsverbindliche selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen.